



FDP | 06.06.2016 - 11:45

Die Handlungsfähigkeit Europas verbessern



Die Briten stimmen am 23. Juni bei einer Volksabstimmung über den Verbleib in der EU ab. Was würde es für die Europäische Union bedeuten, wenn die Wähler tatsächlich "Nein" zur EU sagen? Alexander Graf Lambsdorff rät zur Gelassenheit: "Wir wollen, dass Großbritannien dabei bleibt, gar keine Frage. Aber es ist auch nicht das Horrorszenario, zu dem es manche hochjazzen, wenn Großbritannien sich für den Brexit entscheiden sollte", [sagte der stellvertretende EU-Parlamentspräsident dem Deutschlandfunk](#). [1]

Er erwartet mit Blick auf die jüngsten Umfragen eine "sehr knappe Entscheidung": "Die Buchmacher sagen, dass Großbritannien drin bleibt. Eines ist aber wichtig: Eine Europäische Union ohne Deutschland oder Frankreich ist vollständig unvorstellbar – eine Europäische Union ohne das Vereinigte Königreich, das hatten wir schon mal ganz am Anfang. Das heißt, das ist nicht das Ende des Projekts Europa, wie das manche jetzt an die Wand malen." Unabhängig vom Ausgang des Referendums hält Lambsdorff aber Änderungen der EU-Verträge "auf jeden Fall" für notwendig.

Cameron legt die Axt an eine der vier Säulen des Binnenmarktes

Wenn die EU-Staats- und Regierungschefs glaubten, das Europaparlament müsse für die Großbritannien gemachten Zusagen nur pro forma gefragt werden, würden sie sich "schneiden", sagte Lambsdorff weiter. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa sei eine der Säulen des Binnenmarktes. "Das, was David Cameron hier macht, ist, dass er die Axt an eine dieser vier Säulen des Binnenmarktes legt. Und irgendwann kommen dann andere Länder auf die Idee und sagen ihrerseits: Na ja, beim Warenverkehr oder bei der Dienstleistungsfreiheit, da wollen wir jetzt eine Notbremse. Das

Die Handlungsfähigkeit Europas verbessern (Druckversion)

wäre die Erosion des Binnenmarktes und "das ist eine Riesengefahr für den Wohlstand in Europa."

Quell-URL:<https://www.liberales.de/content/die-handlungsfahigkeit-europas-verbessern>

Links

[1] <https://www.liberales.de/content/lambsdorff-interview-wir-haben-keine-pflicht-uns-erpressen-zu-lassen>